

gesprochen werden. Zwischen der Mitgliedschaft in Jugendverbänden und dem Mittun in diesen Gruppen dürfte es *nicht wenige Überschneidungen* geben. Offenbar werden verbandliche und gemeindliche Jugendarbeit und diese Bewegungen zuweilen als Ergänzung erfahren, zumal dann, wenn die Mitgliedschaft in einem Jugendverband keine eigentlich inhaltlich orientierte Entscheidung darstellt. Die Sympathie mancher Kirchenvertreter, auch von Bischöfen, mit den Bewegungen ist seit langem schon kein Geheimnis mehr. Sie besteht wohl auch deshalb, weil einige dieser Bewegungen die Kirche, wie sie ist, weniger in Frage stellen. Bedenklich würde es dann, wenn die Kirche ihr Interesse an der Jugend auf diejenigen Jugendlichen beschränken würde, die sich fraglos in vorhandene Kirchlichkeit einpassen bzw. zu den ohnehin schon für Glaube und Kirche Hochmotivierten gehören. Zum größten Teil der Jugend, auch der katholischen, würde sie damit den Zugang verstellen.

Schwierige Personalsituation

Erschwert wird kirchliche Jugendarbeit weiterhin durch die *Personalsituation*. Schon seit einiger Zeit klagt man darüber, daß sich weniger Jugendliche für verantwortliche Aufgaben innerhalb der Jugendarbeit finden. Numerus clausus und Sorge um den Arbeitsplatz zeigen auch hier ihre Spuren. Die Bedeutung solcher Tätigkeit von älteren Jugendlichen wird offenbar weniger gesehen, zumindest im Konflikt mit Schule und Beruf als zweitrangig eingestuft. Da wirkt sich auch aus, daß Jugendliche oft sehr wohl das ihnen Gebotene konsumieren möchten, jedoch zur eigenverantwortlichen Mitarbeit weniger bereit sind. In bezug auf die *Professionalisierung* von Jugendarbeit scheint eine gewisse Ernüchterung eingetreten zu sein, ohne daß deren Wert grundsätzlich bezweifelt wird. Der unverzichtbare Wert *der Arbeit von Ehrenamtlichen* hat, und dies nicht nur unter dem Diktat knapper werdender Finanzen, eine Aufwertung erfahren. Andererseits müssen ehrenamtliche Mitarbeiter im Rahmen von Schu-

lungen und Leiterrunden immer auch zur Mitarbeit ange-regt, begleitet und motiviert werden. Dazu sind Hauptamtliche unverzichtbar. Der Priestermangel, vor allem das Fehlen junger Priester, wirkt sich in der Jugendarbeit aus.

Der in dem Zusammenhang hier und da als Vergleichspunkt herangezogene „Jugendkaplan“ früherer Zeiten gibt als Vorbild allerdings kaum etwas her. Auch früher war nicht jeder junge Priester ein solcher Jugendkaplan, wie ihn die idealisierende Erinnerung darstellt. Das priesterliche Amts- und Rollenverständnis hat sich verändert. Seitens der Jugendlichen ist die Beziehung zum Seelsorger, ob Priester oder Laie, heute eine andere. Auch Gemeinde- und Pastoralreferenten wird man nicht einfach hin an etwas messen dürfen, was auch ein Priester nicht mehr erbringen könnte. Als wichtig wird inzwischen eine stärkere Beteiligung erwachsener Gemeindeglieder für die Jugendarbeit erachtet. Der *Jugendausschuß der Pfarrgemeinderäte* ist in mancher Gemeinde zur Nahtstelle von Jugendarbeit und der gemeindlichen Gesamtverantwortung für Jugendarbeit geworden. Durch die Erwachsenen erhält die Jugendarbeit ein stabilisierendes Element, das sie gerade angesichts der hohen Fluktuation und des ständigen Wandels dringend benötigt. Es braucht offenbar Personen, die, ohne als Gruppenleiter oder Hauptamtliche Verantwortung zu tragen, mit ihrer Autorität die Gemeinde immer wieder an ihre Verantwortung erinnern, den Mitarbeitern der Jugendarbeit andererseits ihre gegenüber der Gemeinde oftmals schwache Position stärken. Auch wenn theoretisch niemand die Bedeutung der kirchlichen Jugendarbeit bezweifeln wird, besonders geschätzt scheint sie in den Gemeinden nicht zu sein. Gehört sie doch zum Schwierigsten heutiger pastoraler Arbeit. Hier brechen die Widersprüchlichkeiten, in denen die Erwachsenenwelt sich einigermaßen eingerichtet hat, unerbittlich auf. Insofern sind die Fragen, mit denen es die Jugendarbeit zu tun hat, in den meisten Fällen nicht Fragen der Jugendlichen alleine, sondern die Fragen aller.

Klaus Nientiedt

Franzosen und Deutsche heute

Meinungsspiegel mit Licht- und Schattenseiten

In den letzten drei Jahren gab es in den deutsch-französi-schen Beziehungen nur Höhepunkte. Mit einer Verspätung von fast zwei Jahrzehnten wurde die im deutsch-französi-schen Vertrag verankerte Kooperation auf den militärischen Bereich ausgedehnt. Der zwanzigste Jahrestag des Vertrages gab Anlaß zu seiner feierlichen Bestätigung mit einer in die Zukunft weisenden, betont positiven Rede des französischen Präsidenten vor dem deutschen Bundestag. Vor einigen Monaten reichten sich Bundeskanzler und Präsident vor den Soldaten-gräbern der Opfer Verduns mit gewollter Symbolik die Hände, nicht um die schon lange selbstverständliche Wieder-

aussöhnung zu bekräftigen, sondern um ihren Willen zu bekunden, gemeinsam auf einem soliden deutsch-französi-schen Fundament die europäische Einheit zu verwirklichen.

Vor kurzem hat mit unbestrittenem Erfolg und in natürlich-herzlicher Atmosphäre Bundespräsident von Weizsäcker Frankreich seinen ersten Auslandsbesuch abgestattet. Die Regierungschefs und ihre Minister sehen sich immer häufiger zusätzlich neben den im Vertrag vorgesehenen halbjährlichen Begegnungen. Man empfand es als selbstverständlich, daß der deutsche Botschafter als erster

Diplomat im letzten Sommer vom neu ernannten Premierminister Fabius zu einem Meinungsaustausch empfangen wurde. An Intensität gewannen ferner die gegenseitigen Konsultationen, die über die Information weit hinausgehen und in vielseitigen Bereichen eine Harmonisierung anstreben. Die von den europäischen Partnern unverändert im stillen oder offen befürchtete deutsch-französische Achse ist in Wirklichkeit ein Motor, ohne den das europäische Räderwerk kaum in Gang gesetzt werden kann. Trotz allen Mißbehagens über diesen Zustand sind die anderen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft – vielleicht mit Ausnahme der Briten – realistisch genug, um die konstruktive Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit für das westliche Europa und seine Sicherheit anzuerkennen.

Objektivität und weniger Vorurteile

Deren Breiten- und Tiefenwirkung innerhalb der Öffentlichkeit der beiden Länder ist ebenfalls unverkennbar. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Gemeindeparterschaften haben eine bemerkenswerte Pionierarbeit geleistet. Ohne Übertreibung darf man von einer *politisch-psychologischen Flurbereinigung* sprechen, wenn auch noch nicht alle trennenden Hecken beseitigt sind. Für einen guten Teil des Austauschs von Schülern, Jugendlichen, Studenten, Sportlern und Berufsgruppen bedarf es keiner offiziellen Strukturen mehr. Der Fremdenverkehr ist ebenfalls ein positiver Faktor. Wenn er sich meistens auch nur mit oberflächlichen Beobachtungen und Berührungen verbindet, trägt er doch durch die Häufigkeit der Begegnungen mit dem anderen Lande – überwiegend allerdings der Deutschen mit Frankreich – zum Abbau von Vorurteilen bei. Jedenfalls gehören anti-deutsche Artikel oder gar Kampagnen in den Medien wohl endgültig der Vergangenheit an. Die französische Seite ist nicht ohne Erfolg darum bemüht, einen Informationsrückstand aufzuholen. Die *Berichterstattung* ist weitgehend objektiv und nicht selten durchaus wohlwollend. Ein Musterbeispiel lieferte die Flickaffäre, die weder sensationell hochgespielt noch ausgebeutet wurde. Es überwiegt in Frankreich die Tendenz, die Gegebenheiten und Probleme des Nachbarlandes verständlich zu machen, womit kritische Kommentare nicht ausgeschlossen sind. Die Polemik ist dagegen, von gelegentlichen kommunistischen Entgleisungen abgesehen, verschwunden.

Man ist auch von den lange üblich gewesenen, vereinfachenden Schemata abgekommen. Verschiedene Meinungsbefragungen scheinen zwar den Deutschen und den Franzosen weiterhin altgewohnte Eigenschaften zuzusprechen, sie vermitteln jedoch infolge des suggestiven Charakters der Fragestellung ein etwas schiefes Bild. Der typische Deutsche und der typische Franzose sind, wenn man sich so ausdrücken darf, dem Generationenwechsel zum Opfer gefallen. Etwas oberflächlich gesagt, ist man sich in Frankreich der Mainlinie bewußt geworden und versucht keine Identität mehr zwischen einem Bayern und einem Hamburger herzustellen, während man auf der

deutschen Seite den Unterschied zwischen einem Bretonen und einem Südfranzosen erkannt hat. Das Einheitsmodell hält der persönlichen Erfahrung mit der Vielfältigkeit der Menschen des Nachbarlandes nicht mehr stand.

Jenseits der Aussöhnung

Überholt ist ferner, wie bereits angedeutet, der Begriff der *Aussöhnung*. Es gab ihn übrigens nur in der französischen politischen Gedankenwelt, denn die Deutschen wären nach ihrer Katastrophe nie auf den Gedanken gekommen, dem Nachbarvolk eine Aussöhnung anzubieten. Wie dem auch sei, ohne sie zu vergessen, haben die Franzosen endgültig einen Strich unter die Vergangenheit gezogen, in dem Sinne, daß nach ihrer Überzeugung das Geschehene die gemeinsame Zukunft nicht mehr belasten kann noch darf. Absolute Priorität besitzen nunmehr die Aufgaben, die die im gleichen Boot sitzenden Völker zu bewältigen haben. Wie grundlegend sich die gefühlsmäßigen und politischen Register geändert haben, ließ die Verständnislosigkeit eines bedeutenden Teiles der öffentlichen Meinung für den offiziellen Versuch erkennen, eine Aussöhnung mit Algerien nach dem deutsch-französischen Modell zu empfehlen und zu rechtfertigen. Die Anwesenheit des französischen Außenministers bei der 30jährigen Gedenkfeier für den Beginn der algerischen Rebellion gegen die französische Kolonialmacht löste eine scharfe und mißbilligende Auseinandersetzung aus, weil der Algerienkrieg noch zu viele nicht geschlossene Wunden hinterließ. Außerdem wurde es als besonders peinlich empfunden, daß die Beteiligung des Ministers auf algerischem Boden als wenig würdevoll erscheinende Verbeugung vor dem algerischen Präsidenten während eines Besuchs seines französischen Kollegen bekanntgegeben wurde.

Die Zeitspanne und die offenen Wunden sind allerdings keine entscheidenden Faktoren. Schon kurz nach der deutschen Kapitulation sprach General de Gaulle zum ersten Mal von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern. Bereits fünf Jahre später legte Robert Schuman mit seinem Montanunionsplan den Grundstein des europäischen Gebäudes, ohne in der öffentlichen Meinung auf ernstem Widerstand zu stoßen. Als 1963 Adenauer und de Gaulle den deutsch-französischen Vertrag unterzeichneten, konnten sich beide für diesen Akt der Überwindung der Vergangenheit auf einen breiten nationalen Konsensus stützen. Ermöglicht und gefördert wurde er durch alte kulturelle Bande und auch durch die Erkenntnis, daß es nicht mehr zu einem europäischen Bruderkrieg kommen darf. Von Anfang an bestand das Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft, die über das Mittelmeer hinweg mit Algerien beim besten Willen nicht vorstellbar ist. Eine friedliche Koexistenz vermag selbst bei weitreichender Kooperation nicht bis zur Verflechtung aller nationalen Lebensbereiche zu gelangen.

Steht demnach alles zum Besten? Dies wäre zu unwahrscheinlich, um glaubwürdig zu sein. Der beiderseitige

gute Wille darf ebensowenig angezweifelt werden wie die Bereitschaft, auf dem eingeschlagenen Wege zielbewußt fortzuschreiten. Von der etwas banalen Feststellung abgesehen, daß nichts endgültig erreicht ist und stets neue Anstrengungen erforderlich sind, muß man die einmal gegebenen *unterschiedlichen Interessen* berücksichtigen, ferner nicht automatisch übereinstimmende Traditionen, bereits vorhandene anderweitige Bindungen und die sich aus diesen Faktoren ergebenden besonderen Zwänge. Die häufig bedauerten Lücken sind dagegen ziemlich belanglos, da ihre Beseitigung nur eine Frage der Zeit ist. Dies gilt in erster Linie für die *mangelnden Sprachkenntnisse*, die übrigens nicht notwendigerweise der Verständigung im Wege stehen. Es gibt genügend Mittel und Wege, das Hindernis zu umgehen. Die Schulstatistiken vermitteln zudem ein falsches Bild. Im Rahmen nicht weniger Städtepartnerschaften entwickeln sich menschliche Kontakte mit einem geringen Wortschatz. Auf jeden Fall werden die schönsten politischen Absichtserklärungen an der Vorrangstellung des Englischen wenig ändern. Einfacher ist der Abbau des ebenfalls beklagten gegenseitigen Nichtwissens. Ein Lernprozeß ist zweifellos im Gange. Schließlich ist die Hoffnung berechtigt auf mehr Berührungspunkte zwischen den sich hierfür noch im Rückstand befindenden Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Berufsgruppen. Ernster zu nehmen sind einige *zentrifugale Tendenzen*, die sich mit der nicht auszuschließenden Gefahr eines Auseinanderlebens verbinden, weil sie den einen oder anderen Partner veranlassen, seinen eigenen Weg zu gehen.

Zweifel am Gleichgewicht

Jede Zusammenarbeit setzt ein gesundes Gleichgewicht voraus, nicht nur beim Potential, sondern auch beim politischen Willen und seinen Ambitionen. Frankreich glaubt unverändert an seine *weltpolitische Mission*, obwohl sie mitunter seine Kräfte übersteigt. Es ist natürlich realistisch genug, um sich der Grenzen einer Mittelmacht bewußt zu sein, es bedient sich jedoch durchaus geschickt seiner Trümpfe, um auf dem weltpolitischen Schachbrett nicht allzu sehr vernachlässigt zu werden. Die wichtigsten sind sein Vetorecht als ständiges Mitglied des Welt sicherheitsrates, sein Prestige auf dem schwarzen Erdteil, der ihm so etwas wie eine weltpolitischen Hausmacht stellt, und sein international anerkanntes Atompotential. Dagegen liegt das Schwergewicht für die Bundesrepublik Deutschland trotz einiger weltpolitischer Anläufe während der letzten Jahre auf dem Ost-West-Verhältnis und den innerdeutschen Beziehungen. Es ist durchaus denkbar, die beiden Orientierungen miteinander in Einklang zu bringen, zumal sie sich keineswegs ausschließen, unter der Bedingung, daß sie auf gegenseitiges Verständnis stoßen und Gegenstand einer ständigen, offenen Konsultation sind. Nur darf man nicht mit der automatischen Erfüllung dieser Bedingungen rechnen, denn die Versuchung zum Alleingang bleibt stark. Zudem ist die deutsch-französische Gemeinsamkeit noch lange nicht

frei von *Minderwertigkeits- und Überlegenheitskomplexen*. Man mag daran erinnern, daß zumindest zwei französische Präsidenten, *Charles de Gaulle* und *Georges Pompidou*, im französischen Atompotential einen Ausgleich für das wirtschaftliche Übergewicht der Deutschen sahen. Das Gegenstück ist ein deutsches Gefühl der welt- und militärpolitischen Unterlegenheit, indirekt genährt durch die im Grunde genommen geringe Neigung, sich dem weltpolitischen Spiel des Partners anzuschließen. Wenn man befürchtet, nicht auf der gleichen Stufe zu stehen, erscheint es leichter, sich einer Weltmacht, den USA, unterzuordnen als einem Nachbarstaat mittlerer Größenordnung, dem man mit Recht oder Unrecht die Absicht unterstellt, den Platz einer europäischen Führungsmacht für sich zu beanspruchen. Während die Deutschen an ihrem Recht auf Selbstbewußtsein zweifeln, fällt es den Franzosen nicht immer leicht, ihr Auftreten und Verhalten den Veränderungen des weltpolitischen Kräfteverhältnisses gebührend anzupassen. Dies hindert sie aber nicht daran, die Dynamik und Stabilität der deutschen Wirtschaft zu überschätzen und allzuoft für die industrielle Verflechtung den Weg nach Japan oder Amerika vorzuziehen, weil auch sie sich leichter den Großen unterwerfen, als die Rolle des nicht ganz gleichgestellten Partners einer wirtschaftlichen Mittelmacht übernehmen.

Diese psychologischen Hemmnisse erschweren die *Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigungspolitik*. Ministerielle Willensbekundungen reichen nicht aus. Solange der Apparat, d. h. das Offizierskorps, nicht aus Überzeugung mitzieht, bewegen sich die Regierungen auf einer dünnen Eisschicht. Mißtrauisch und zögernd verhält sich besonders die deutsche Seite, während die französische ziemlich vorbehaltlos entschlossen ist, nationale Interessen hinter den europäischen Erfordernissen auf dem Fundament einer deutsch-französischen Strategie zurücktreten zu lassen. Diese Aufgeschlossenheit erklärt sich zunächst dadurch, daß es in Frankreich solche Interessen gibt, zwar nicht unbedingt objektiv gesehen, wohl aber im Bewußtsein der verantwortlichen Kräfte bis hin zum jungen Nachwuchs. Für viele deutsche Offiziere bleibt dagegen die militärische Verbundenheit mit den USA ein wesentlicher Sicherheitsfaktor.

Während ferner den Franzosen grundsätzlich das Angebot nicht schwerfällt, ihre Atomwaffen in einer vorläufig nicht definierten Form in den Dienst der europäischen Verteidigung zu stellen, zweifeln die Deutschen auf Grund ihrer Erfahrungen mit den Amerikanern an dieser Großzügigkeit. Es ist ihnen auch etwas unheimlich, das sie bereits bedrückende atomare Risiko durch die Einbeziehung einer zweiten offiziell unabhängigen Atommacht noch explosiver werden zu lassen. Es widerspricht ihrer strategischen Geisteswelt, daß im europäischen Raum Frankreich einen übrigens gern überschätzten Teil seiner militärischen Mittel der Nuklearbewaffnung widmet, anstatt zusammen mit dem deutschen Partner das konventionelle Potential mit allen Kräften zu verstärken. Nicht weniger bezeichnend ist es, daß der Verteidigungsaus-

schuß des Bundestages erst seit kurzem die technologische Leistungsfähigkeit Frankreichs im Rüstungssektor ernst nimmt, mit nicht unerheblicher Verspätung nach der amerikanischen Konkurrenz. Es kommt dazu, daß die Franzosen es selten verstehen, sich zu verkaufen, und mit einer gewissen Naivität enttäuscht sind, wenn die anderen nicht von sich aus merken, was sie alles an Gutem und Wertvollem anzubieten haben.

Andere Abhängigkeitsvorstellungen

Das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit besitzt nicht die gleiche Intensität zu beiden Seiten des Rheins. In Frankreich vermag sich kaum jemand eine befriedigend stabile Zukunft ohne eine solide Europäische Gemeinschaft vorzustellen. Nach allgemeiner Überzeugung bedarf es hierzu einer bis zur Verflechtung gehenden deutsch-französischen Kooperation, ja sogar einer Union, ein Begriff der von französischen Politikern leichter und häufiger in die Diskussion gebracht wird als von deutschen. Das in den letzten Jahren stärker gewordene Anlehnungsbedürfnis an den Nachbarn und an das westliche Europa erklärt sich teilweise durch Zweifel an den eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten oder Fähigkeiten, teilweise aber auch etwas widerspruchsvoll durch die Kluft zwischen dem weltpolitischen Anspruch und dem verfügbaren Potential. Viele Franzosen aller Schichten möchten ihr Land nicht zum Spielball der Großmächte erniedrigt sehen und halten es für die Pflicht Europas, sich mit ausreichender Kraft in das internationale Geschehen einzuschalten, um weiterhin eine einigermaßen maßgebende Rolle zu spielen, zumal es in Afrika und vielleicht auch in anderen Teilen der Dritten Welt über wertvolle Trümpfe verfügt. Eine realistische Analyse läßt die *Grenzen der eigenen Aktionsfähigkeit* erkennen. Es bedarf daher des europäischen Potentials und zu dessen Mobilisierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Es fehlen außerdem die Alternativen. Natürlich unterschätzt niemand in Frankreich die Bedeutung des atlantischen Bündnisses und der Verbindung mit den USA. Für weite amerikanische Kreise wurde inzwischen Frankreich zum zuverlässigsten Partner. Dieses legt jedoch auf ein ausreichendes Maß an Gleichberechtigung Wert und will aus verschiedenen Gründen auf die Betonung seiner Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten nicht verzichten. Das Hineingleiten in das amerikanische Fahrwasser wird als nationale Selbstaufgabe empfunden. Für Europa und noch mehr für eine deutsch-französische Union nimmt man eine Einschränkung der nationalen Entscheidungsfreiheit hin, nicht aber für Amerika. Die französische Politik steht hierfür vor einer psychologischen Hürde, die sie vorläufig weder beseitigen noch überspringen kann. Auf der Straße nach Washington liegt der schwere Block der *Ungleichheit der weltpolitischen Gewichte* der beiden Staaten.

Gleichzeitig ist die Distanz gegenüber der Sowjetunion größer geworden. De Gaulle schwebte zwar nie eine Gleichgewichtspolitik zwischen Washington und Moskau

vor, denn sein Land sollte unbedingt im Westen verankert bleiben. Er vermochte jedoch seine Ostpolitik zur Aufwertung seines internationalen Prestiges auszunutzen und sie auch als einen der Motoren seiner ehrgeizigen Diplomatie zu verwenden. Jetzt steht Paris vor dem verriegelten Tor der west-östlichen Entspannung. Seine Beziehungen zu der Sowjetunion und den Staaten des Ostblocks sind stark abgekühlt. Es gibt keine ostpolitische Konzeption mehr, weil, von den Wirtschaftsbeziehungen abgesehen, nicht mehr ersichtlich ist, was von der Sowjetunion erwartet werden könnte. Ohne daß es hierfür eine sachliche Erklärung gibt, beklemmt zudem die Öffentlichkeit, d. h. bis zum Mann auf der Straße, eine Art von Sicherheitspsychose. Man mißtraut zutiefst der Sowjetunion und fühlt sich durch sie bedroht. Dies erklärt das doppelte Einverständnis mit der Annäherung an die USA und mit der offiziellen Bereitschaft zu einer deutsch-französischen und später europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Größere deutsche Bewegungsfreiheit

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt, so überraschend es klingen mag, *größere außenpolitische Bewegungsfreiheit* als Frankreich, vielleicht nicht objektiv gesehen, aber wenigstens im Bewußtsein ihrer Verantwortlichen und eines Teils der öffentlichen Meinung. Es würde sie keine Überwindung kosten, sich an Amerika anzulehnen, selbst wenn sich dieser Schritt mit einer gewissen Unterordnung verbände. Sie gibt ferner der mit den innerdeutschen Beziehungen verbundenen Ostpolitik noch eine vernünftige Chance und sieht ihren Weg nach Moskau weniger verbaut als der französische Nachbar. Die offizielle Zurückweisung jedes Vermittlungsversuchs zwischen den Weltmächten nimmt ihr nicht die Hoffnung, durch geeignete Impulse zur Wiederbelebung der Abrüstungs- und Entspannungspolitik beizutragen. Hierzu kommt ein möglicherweise nicht mehr ohne weiteres berechtigtes, aber unverkennbares *wirtschaftlich-industrielles Selbstbewußtsein*. Während die Franzosen befürchten, sich ohne die europäische Rückendeckung gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz nicht mehr behaupten zu können, blicken die Deutschen unbesorgt auf einen ihnen offenstehenden Weltmarkt. Sie sind daher der Versuchung ausgesetzt, Europa politisch und wirtschaftlich die absolute Priorität zu versagen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß es der französische Partner ist, der hauptsächlich zur *industriellen und technologischen Zusammenarbeit* mahnt. Er schätzt schon seit einiger Zeit die Gefahr des Rückstands richtig ein, im Gegensatz zum Nachbarn, der sich noch allzusehr an der Sonne seiner früheren Leistungen erwärmt. Man sollte nicht übersehen, daß es ohne die zunächst nicht gerade wohlwollend aufgenommenen französischen Initiativen heute keine deutsche Flugzeug- und Weltraumindustrie gäbe. Die größere französische Kooperationsdynamik erklärt sich auch durch die überraschende Rolle des Staates, der sich berechtigt und verpflichtet fühlt, im Namen seiner Unternehmen zu sprechen.

Diese dirigistische Allmacht löst auf der anderen Seite Mißtrauen aus, weniger weil man vor einem möglichen Übergewicht zurückschreckt, sondern weil man von der wirtschaftlich-industriellen Fähigkeit der Verwaltung alles andere als überzeugt ist. Die Dinge lägen einfacher, wenn die deutsche Wirtschaft sich nicht der Fiktion ihrer Unabhängigkeit hingäbe, denn auch sie hängt vor allem in den technologisch fortgeschrittenen Bereichen in verschiedener Weise vom Staate ab. Das amerikanische Beispiel ist besonders aufschlußreich. Sehr zahlreiche technologische Spitzenleistungen sind jenseits des Atlantiks massiven öffentlichen Forschungsaufträgen zu verdanken. Wie dem auch sei, die Eheanbahnung ist nicht leicht zwischen einem traditionell dirigistischen und einem theoretisch liberalen Wirtschaftssystem.

Sorge um die europäische Sicherheit

Sorgenquellen sind schließlich – in erster Linie für die Franzosen – die Innen- und Sicherheitspolitik. Die Perspektive einer rot-grünen Koalition oder eines parlamentarischen Kräfteverhältnisses, das die Bildung einer aktionsfähigen Regierung erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht, läßt Zweifel an der mittelfristigen Stabilität des deutschen Partners aufkommen. Man hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß Kräfte an die Macht kommen, denen an der deutsch-französischen Zusammenarbeit nicht mehr allzuviel gelegen ist, nicht weil sie dagegen sind, sondern weil sie, wie z. B. die Grünen, andere Aufgaben und Ziele für vordringlicher halten. In Anbetracht der als zwingend empfundenen gegenseitigen Abhängigkeit in einer ungewöhnlich schwierigen Lage wünschen sich die Franzosen einen widerstandskräftigen und damit in jeder Beziehung zuverlässigen Partner. Alles was ihn zu schwächen droht, wird als bedauerlich und als bedenklich betrachtet.

Gedanken macht man sich vor allem über die sich in der deutschen Innenpolitik abzeichnenden *Unsicherheitsfaktoren*. Sie sind zwar augenblicklich auch in Frankreich vorhanden, brauchen dort aber nicht als besonders tragisch genommen zu werden. Die Rückkehr zu den unstabilen Verhältnissen der Weimarer Republik geistert auf der deutschen Bühne gespenstischer herum als ein französischer Rückfall in die schlechten Gewohnheiten der IV. Republik. Ein etwaiger Sieg der Opposition in der nächsten Parlamentswahl im Frühjahr 1986 würde das französische Gefüge ebensowenig erschüttern wie ein sich dann vielleicht einstellender Konflikt zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten und seiner jetzigen Opposition. Die V. Republik ist *genügend verwurzelt*, um einem kurzen, erregten Intermezzo gewachsen zu sein und anschließend schnell ihr Gleichgewicht wiederzufinden.

Aus Pariser Sicht ist die deutsche Innenpolitik eng mit der Sicherheitspolitik verkettet. Man muß vorausschicken, daß die *Diskussion um die Wiedervereinigung* in keiner Weise die deutsch-französischen Beziehungen belastet. Die überwiegende Mehrheit der Franzosen anerkennt ohne weiteres aus ihrem eigenen Nationalgefühl heraus

den Wunsch nach Wiedervereinigung und deren Berechtigung. Die Frage erscheint ihnen jedoch von der Aktualität weit entfernt. Für die Sowjetunion bleibt zumindest bis zu dem ungewissen Ende ihres kommunistischen Regimes die deutsche Zweiteilung eine lebenswichtige Garantie ihrer Machtposition im östlichen Europa und ihrer Sicherheit. Die Geister scheiden sich in der Beurteilung der ostpolitischen Möglichkeiten. Für Frankreich besitzt die europäische Sicherheit gegenüber der ernst genommenen sowjetischen Bedrohung eine fast nur noch vom kommunistischen Parteiapparat bestrittene Priorität.

Es mangelt in der französischen Öffentlichkeit nicht an Verständnis für die notwendige Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen mit besonderer Blickrichtung auf das Schicksal der Menschen in der DDR. Man widersetzt sich aber einer Entwicklung, die durch einseitige Zugeständnisse die westliche Sicherheit beeinträchtigen könnte. Als wenig zweckmäßig erscheint eine Vermengung der Probleme, indem man z. B. versucht, durch das Angebot der atomaren Neutralisierung Mitteleuropas die innerdeutschen Beziehungen zu erleichtern. Entspannung, Abrüstung und Kooperation sollen nach französischer These zunächst Gegenstand getrennter Verhandlungen sein, weil nur dann gleichgewichtige Zugeständnisse zu erwarten sind.

Freundschaft duldet keine Tabus

Bezeichnend für die deutsch-französische Dissonanz in diesem heiklen Sicherheitskomplex ist die Unfähigkeit der beiden sozialistischen Parteien, trotz guten Willens und zahlreicher Gespräche einen einigermaßen glaubwürdigen gemeinsamen Nenner für ihre Überzeugungen und Thesen zu finden. Die Mentalitäten bewegen sich auf völlig anderen Bahnen. Die Franzosen haben Angst vor der sowjetischen Militärmacht, der konventionellen und der atomaren, aber nicht vor dem Atom, an dessen Abschreckungskraft sie glauben. Die Deutschen büßten einen guten Teil ihrer Empfindlichkeit gegenüber der östlichen Gefahr und dem Kommunismus ein. Sie zittern vor dem Atom und vor dem explosiven Charakter der amerikanischen Sprengköpfe auf ihrem Boden, obwohl sie sie schützen sollen. Die französische Mentalität erklärt die Billigung einer harten Haltung gegenüber dem Osten mit einer kostspieligen Rüstungspolitik, die deutsche liefert den Nährboden für einen gefühlsbedingten Pazifismus, der dem Neutralismus den Weg ebnet.

Die Wolken am deutsch-französischen Himmel dürfen natürlich nicht überschätzt werden. Eine Freundschaft duldet keine Tabus. Je standfester sie ist, desto leichter fällt es ihr, Störungsfaktoren in Rechnung zu stellen und zu beseitigen. Wer alles rosig sieht, geht mitunter bitteren Enttäuschungen entgegen. Man muß jedoch stets genau wissen, was der eine vom anderen erwartet und gelegentlich befürchtet. Eine in diesem Geiste aufgestellte Bilanz läßt sich in der knappen Form zusammenfassen: Das französische Angebot ist zur Zeit größer als das deutsche Echo.

Alfred Frisch